

---

FDP Fulda

## **FDP FORDERT KLARHEIT BEI SANIERUNG DES FULDAER BEHÖRDENZENTRUMS**

24.09.2025

---

### **Schardt-Sauer: „Landesregierung muss endlich handeln“ – Klotzsche: „Bürger in Fulda brauchen Verlässlichkeit statt Dauerbaustelle“**

Fulda/Wiesbaden. Die Freien Demokraten kritisieren die massiven Verzögerungen und Kostensteigerungen bei der Sanierung des Fuldaer Behördenzentrums. Die FDP-Landtagsabgeordnete Marion Schardt-Sauer, Mitglied im Haushalts- und Finanzausschuss des Landtages, hat dazu eine Kleine Anfrage im Hessischen Landtag gestellt. Hintergrund sind gravierende bauliche Mängel, jahrelange Verzögerungen und die undurchsichtige mietrechtliche Konstruktion der sogenannten Leo-Immobilien.

**Marion Schardt-Sauer, haushaltspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion,** erklärt:

„Die Landesregierung muss endlich aufklären, warum die Sanierung inzwischen bis Herbst 2026 dauert und welche zusätzlichen Millionenbeträge zu erwarten sind. Es reicht nicht, immer neue Mängel vorzuschieben. Wir fordern eine ehrliche Bestandsaufnahme, verbindliche Zeitpläne und ein Konzept, wie derartige Kostenexplosionen künftig vermieden werden können.“

**Mario Klotzsche, Kreisvorsitzender der FDP Fulda**, betont die besondere Bedeutung des Projekts für die Region:

„Für die Bürgerinnen und Bürger in Fulda ist dieses Behördenzentrum ein zentraler Standort. Es ist inakzeptabel, dass dort seit Jahren eine Dauerbaustelle herrscht und Millionen an Steuergeldern versickern. Statt immer höhere Kosten und immer längere Verzögerungen brauchen wir Verlässlichkeit und eine klare Perspektive, wann die Behörden wieder unter guten Bedingungen arbeiten können.“

Schardt-Sauer fordert zudem Konsequenzen aus der Mietkonstruktion: „Das Modell der

Leo-Immobilien hat sich als kostspieliges Eigentor herausgestellt. Für Fulda heißt das konkret: Das Land zahlt über drei Millionen Euro Miete pro Jahr, zusätzlich zu allen Sanierungskosten und ein Ende ist nicht in Sicht. Hier muss die Landesregierung nachverhandeln oder einen Rückkauf prüfen, damit die Belastung für die Steuerzahler nicht noch weiter wächst.“

Die FDP kündigt an, das Thema sowohl im Landtag als auch vor Ort in Fulda eng zu begleiten. „Die Menschen haben ein Recht darauf zu erfahren, wie es weitergeht. Wir werden nicht nachlassen, bis Klarheit geschaffen ist“, so Schardt-Sauer und Klotzsche.